

**Bericht über die**  
**Prüfung des Jahresabschlusses**  
**zum 30. Juni 2014**

der

**HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg**

5020 Salzburg , Kaigasse 28 - 30

## INHALTSVERZEICHNIS

1. Auftrag und Auftragsdurchführung .....	1
2. Angaben über die rechtlichen Verhältnisse .....	2
3. Stellungnahme zur Buchführung und zum Jahresabschluss .....	3
4. Stellungnahme zur Haushaltsführung .....	3
5. Prüfvermerk .....	4

### **Anlagen**

Bilanz zum 30. Juni 2014 (detailliert) .....	1
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014 (detailliert) .....	2
Anhang .....	3
Anlagenspiegel .....	4
Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung .....	5
Allgemeine Auftragsbedingungen für Abschlussprüfungen .....	6

## A. Auftrag und Auftragsdurchführung

Der Vorsitzende, Herr Simon Hofbauer, und das Wirtschaftsreferat der

### **HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg**

haben uns den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 30. Juni 2014 gemäß den Bestimmungen des § 31 (3) Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz (HSG 1998) in Verbindung mit § 70 (2) Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz (HSG 2014) zu prüfen.

Wir haben die Prüfung mit Unterbrechungen von Jänner 2015 bis Februar 2015 in unseren Kanzleiräumlichkeiten durchgeführt und am 30. April 2015 abgeschlossen.

Als Unterlagen dienten uns der vom Wirtschaftsreferenten mit Unterstützung der Buchhalterin erstellte und vom Vorsitzenden gegengezeichnete Jahresabschluss, die über eine Standardsoftware geführte Anlagenbuchhaltung, die Belegsammlung und übrigen Aufzeichnungen der Körperschaft, Kassenbücher, Bankauszüge, die Buchhaltung, die Personalkonten und das Inventarverzeichnis. Die Richtlinien der Kontrollkommission wurden uns von den Auftraggebern übermittelt. Wir haben die Richtlinien zur Kenntnis genommen und bei unserer Prüfung entsprechend berücksichtigt.

Die erforderlichen Auskünfte wurden uns im Berichtsjahr von der Wirtschaftsreferentin, Frau Janine Heinz, sowie von der Buchhalterin der HochschülerInnenschaft, Frau Margit Lackinger, in bereitwilliger Weise erteilt.

Die Prüfung ist darauf ausgerichtet, der Buchführung und dem Jahresabschluss der HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg einen Prüfvermerk zu erteilen, ob der Jahresabschluss den Vorschriften des HSG und den Richtlinien der Kontrollkommission entspricht. Die Prüfungshandlungen sind auf die Kontrolle der Einhaltung jener Vorschriften des HSG 1998 sowie der Richtlinien der Kontrollkommission gerichtet, die sich mit den Buchführungspflichten, den Aufzeichnungspflichten, der Führung des Anlagenverzeichnisses sowie der Aufstellung des Jahresabschlusses befassen. Eine Prüfung der Gebarung im Hinblick auf die Wahrhaftigkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit war nicht Gegenstand dieses Auftrages.

Das Wirtschaftsreferat hat zum vorliegenden Jahresabschluss zum 30. Juni 2014 eine Vollständigkeitserklärung abgegeben und somit bestätigt, dass im vorliegenden Jahresabschluss alle ausgewiesenen Vermögensteile und Schulden vollständig erfasst wurden.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, sind die vom Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder empfohlenen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Abschlussprüfungen vom 8. 3. 2000, zuletzt adaptiert am 21. 2. 2011, sowie in analoger Anwendung die Bestimmungen des § 275 Abs. 2 UGB in Verbindung mit § 906 Abs. 6 UGB maßgebend.

## **B. Angaben über die rechtlichen Verhältnisse**

Die HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts, der die an dieser Hochschule inskribierten Mitglieder der Österreichischen HochschülerInnenschaft angehören. Rechtsgrundlage ist das Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 1998 - HSG 1998 (BGBl. I Nr. 22/1999 i.d.F. BGBl. I Nr. 79/2013) in Verbindung mit § 70 (2) Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz (HSG 2014).

Die Organe der HochschülerInnenschaft im Berichtszeitraum sind:

<u>Vorsitzender:</u>	Frau Maria Gruber	(1. 7. 2013 - 10. 11.2014)
	Frau Katharina Obenholzner	(10. 11. 2014 - laufend)

<u>Wirtschaftsreferent:</u>	Frau Janine Heinz	(1. 3. 2014 - laufend)
-----------------------------	-------------------	------------------------

## **D. Stellungnahme zur Buchführung und zum Jahresabschluss**

Die Buchführung erfolgt in Form einer doppelten Buchhaltung. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchhaltung abgeleitet. Die Buchhaltung wird von der HochschülerInnenschaft auf dem EDV-System „BMD“ abgewickelt. Die Belege sind nach systematischen und chronologischen Kriterien abgelegt, erläutern die Geschäftsfälle ausreichend und sind nach dem vorgeschriebenen Kontenrahmen verbucht.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurden die §§ 201 ff UGB sinngemäß beachtet. Für erkennbare Risiken wurde durch entsprechende Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend vorgesorgt.

Die Vollständigkeit des Jahresabschlusses zum 30. Juni 2014 wurde uns vom Wirtschaftsreferat und dem Vorsitzenden durch eine auf den 30. April 2015 lautende Vollständigkeitserklärung bestätigt.

## **E. Stellungnahme zur Haushaltsführung**

Ein im Sinne der Bestimmungen des § 31 Abs. 1 HSG 1998 erstellter Jahresvoranschlag für das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli 2013 bis zum 30. Juni 2014 liegt vor.

Ein entsprechend den Richtlinien für die Budgetierung und den Jahresabschluss vorgesehener Soll-Ist-Vergleich zwischen den Ansätzen des Jahresvoranschlages und den tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen des Wirtschaftsjahres 2012/13 wurde angestellt.

Eine Prüfung der Ist- und Budgetansätze in Anwesenheit des Wirtschaftsreferenten Herrn Seidl ergab folgende Feststellungen:

- 1.) Die Abrechnung der HörerInnenbeiträge lt. Studienbeitragsverteilung ergab höhere Einnahmen als budgetiert.
- 2.) Die Ausgaben des Pressereferates lagen über dem Budget. Der Wirtschaftsreferent begründete dies mit der Tatsache, dass die "Unipress" vom Zeitungsformat auf Magazin umgestellt wurde und dies mit höheren Kosten verbunden war. Entsprechende Budgetüberschreitungsbeschlüsse wurden uns nicht vorgelegt.
- 3.) Die übrigen Ausgaben bewegen sich im Rahmen des Jahresvoranschlages.

Der Zahlungsverkehr erfolgte fast ausschließlich bargeldlos über die Bankkonten der Körperschaft. Bei Führung der Handkassen wurden die Kassenführungsrichtlinien entsprechend berücksichtigt.

## **F. Prüfvermerk**

### **Bericht zum Jahresabschluss**

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 30.06.2014, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 30.06.2014 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

### ***Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung***

Der/die WirtschaftsreferentIn hat gemäß § 31 Abs 3 HSG jährlich einen schriftlichen Jahresabschluss aufzustellen, der vom Vorsitzenden gegenzuzeichnen ist.

Die gesetzlichen Vertreter der HochschülerInnenschaft sind damit für die Buchführung sowie den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Körperschaft in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen des HSG, den Richtlinien der Kontrollkommission sowie analog den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems unter Berücksichtigung der Richtlinien der Kontrollkommission, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Körperschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

### ***Verantwortung des Prüfers und Beschreibung von Art und Umfang der Prüfung gem. §31 Abs 3 HSG 1998***

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter analoger Anwendung der in Österreich geltenden unternehmensrechtlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Landesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Körperschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht

jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Körperschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung, ob der Jahresabschluss den Vorschriften des HSG und den Richtlinien der Kontrollkommission entspricht, soweit sich diese mit den Buchführungspflichten, den Aufzeichnungspflichten, der Führung des Anlagenverzeichnisses sowie der Aufstellung des Jahresabschlusses befassen, und beinhaltet auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

***Prüfvermerk***

Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den Vorschriften des HSG und den Richtlinien der Kontrollkommission, soweit sich diese mit den Buchführungspflichten, den Aufzeichnungspflichten, der Führung des Anlagenverzeichnisses und der Aufstellung des Jahresabschlusses befassen. Der Jahresabschluss vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg zum 30.6.2014 sowie der Ertragslage der Körperschaft für das Geschäftsjahr vom 1.7.2013 bis zum 30.6.2014 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Salzburg, am 30. 4. 2015

MPD Wirtschaftsprüfungs-GmbH & CoKG

MPD Wirtschaftsprüfungs-GmbH  
Dr. Wolfgang Daurer  
beeideter Wirtschaftsprüfer

## C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

### Erläuterungen zur Bilanz

<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>€</b>	<b>700,39</b>
30.06.2013	€	1.601,92

<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>€</b>	<b>0,01</b>
30.06.2013	€	0,01

Buchwertentwicklung:

Stand 01.07.2013		0,01
Stand 30.06.2014		0,01

Zusammensetzung:

	30.06.2014	30.06.2013
Software	0,01	0,01

<b>II. Sachanlagen</b>	<b>€</b>	<b>700,38</b>
30.06.2013	€	1.601,91

Buchwertentwicklung:

Stand 01.07.2013		1.601,91
Abschreibung		-901,53
Stand 30.06.2014		700,38

Zusammensetzung:

	30.06.2014	30.06.2013
Betriebsausstattung	700,38	1.601,91



<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>€ 723.900,27</b>
30.06.2013	€ 717.637,94
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>€ 100.199,68</b>
30.06.2013	€ 119.750,11
<b>1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>€ 70.064,01</b>
30.06.2013	€ 72.297,23
	30.06.2014
Forderungen	<u>70.064,01</u>
	<u>30.06.2013</u>
	<u>72.297,23</u>
Die Forderungen sind zum Zeitpunkt der Prüfung alle eingegangen. Alle Forderungen sind durch einen Debitorenauszug nachgewiesen.	
<b>2. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände</b>	<b>€ 30.135,67</b>
30.06.2013	€ 47.452,88
	30.06.2014
Kautionen	300,34
Kautionen	109,01
Verrechnung Mensenbons	25.718,32
Verrechnung Universitätsdirektion	4.008,00
	<u>30.135,67</u>
	<u>30.06.2013</u>
	<u>47.452,88</u>
<b>II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	<b>€ 623.700,59</b>
30.06.2013	€ 597.887,83
	30.06.2014
Kassa Sekretariat	28,78
Kassa Finanzreferat	78,66
Bank Austria 843 138 833	154.667,07
Bank Austria 843 138 833/03	66.820,64
Bank Austria 843138833/10 Kulturref	18.615,16
Sparbuch Hypo	47.792,64
Sparbuch neu Bank Austria	256.656,04
Hypo Salzburg	79.041,60
	<u>623.700,59</u>
	<u>30.06.2013</u>
	<u>597.887,83</u>

Der Bestand der Guthaben bei Kreditinstituten wurde durch Einholung von Bankbriefen überprüft.

<b>A. Eigenkapital</b>	<b>€</b>	<b>581.343,88</b>
	30.06.2013 €	621.933,76
	30.06.2014	30.06.2013
Reinvermögen	<u>581.343,88</u>	<u>621.933,76</u>

Reinvermögen 1. Juli 2013	621.933,76
Gebarungsabgang 2013/2014	<u>-40.589,88</u>

Reinvermögen 30. Juni 2014	<u>581.343,88</u>
----------------------------	-------------------

<b>B. Rückstellungen</b>	<b>€</b>	<b>31.976,68</b>
	30.06.2013 €	26.910,70

Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen:

	Stand 01.07.2013	Verwendung	Zuweisung	Stand 30.06.2014
Rückstellungen für Abfertigungen	18.334,70	0,00	3.516,15	21.850,85
Sonstige Rückstellungen	8.576,00	4.900,00	6.449,83	10.125,83
Summe Rückstellungen	<u>26.910,70</u>	<u>4.900,00</u>	<u>9.965,98</u>	<u>31.976,68</u>

Zusammensetzung der sonstigen Rückstellungen:

	30.06.2014	30.06.2013
Rückstellung Jahresabschlussprüfung	5.100,00	4.900,00
Rückstellung Urlaubsansprüche	<u>5.025,83</u>	<u>3.676,00</u>
	<u>10.125,83</u>	<u>8.576,00</u>

<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>€</b>	<b>98.372,10</b>
	30.06.2013 €	59.938,43

<b>2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>€</b>	<b>69.201,11</b>
	30.06.2013 €	54.948,15

	30.06.2014	30.06.2013
Verbindlichkeiten	<u>69.201,11</u>	<u>54.948,15</u>

Die Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Bilanzierung erfolgte zum Rückzahlungswert. Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen ihrer Fälligkeiten zur Gänze bedient.

<b>3. Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>€</b>	<b>29.161,04</b>
	30.06.2013 €	4.980,33
	30.06.2014	30.06.2013
Verr.Kto. Löhne und Gehälter	5.146,82	14,53
So.Verbindlichkeiten Finanzamt	1.161,00	1.051,04
Verrechnungskonto Gebietskrankenkasse	4.239,97	3.914,76
Verr.Projekt Kosovo, M.Hager	18.613,25	0,00
	29.161,04	4.980,33

<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>€</b>	<b>13.230,00</b>
	30.06.2013 €	13.230,00
	30.06.2014	30.06.2013
Passive Rechnungsabgrenzung	13.230,00	13.230,00

Dieser Posten betrifft die Abgrenzung der von der Universität erhaltenen Beträge für Verwaltungspauschale (zweite Hälfte 2014).

Vergütung anteiliger Betriebsaufwand 2014                      € 13.230,00

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

<b>1. Umsatzerlöse</b>		<b>€</b>	<b>544.045,41</b>
	2012/2013	€	546.087,68
	2013/2014		2012/2013
Erlöse	544.045,41		546.087,68
<b>2. Sonstige betriebliche Erträge</b>		<b>€</b>	<b>0,00</b>
	2012/2013	€	0,44
<b>a. Übrige</b>		<b>€</b>	<b>0,00</b>
	2012/2013	€	0,44
	2013/2014		2012/2013
Centausgleich	0,00		0,44

**3. Aufwendungen für Fakultätsvertretungen und Studienvertretungen**

	€	<b>116.307,51</b>
	2012/2013 €	110.152,18
	2013/2014	2012/2013
SA Geisteswissenschaften	8.838,45	9.154,72
Doktoratstud. KGW	100,20	0,00
Doktoratstud. Nawi	22,24	0,00
Altertumswissenschaften	2.195,87	2.614,45
Alte Geschichte	0,00	14,09
Anglistik	5.393,00	3.856,62
Germanistik	2.219,55	304,40
Geschichte	3.657,89	2.207,26
Klassische Philologie	212,54	585,96
Kunstgeschichte	1.814,65	126,39
Musikwissenschaften	893,21	567,95
Pädagogik	1.959,80	1.271,42
Philosophie	2.555,60	3.139,77
Politikwissenschaft	3.663,18	3.287,63
PPP	2.478,38	2.200,58
Publizistik	3.262,95	8.400,70
Romanistik	1.611,80	504,14
Slawistik	1.175,70	990,44
Soziologie	4.709,20	2.842,49
Sportwissenschaft	4.428,81	943,63
Sprachwissenschaft	310,78	77,98
Physik	2.606,22	2.804,99
AE Geisteswissenschaften	1.870,00	1.750,00
SA Juridische	8.663,45	10.442,78
Recht und Wirtschaft	7.284,54	5.204,14
Rechtswissenschaften	13.975,42	10.690,82
European Union Studies	918,79	2.725,50
Ingenieurwissenschaften	1.117,24	498,45
AE Juridische	1.650,00	1.500,00
SA Theologie	2.626,61	6.213,71
Theologie	1.401,61	1.217,61
SA Naturwissenschaften	4.029,30	7.493,31
Molekulare Biologie	1.631,78	2.668,25
Biologie	739,76	4.320,46
Computerwissenschaft	1.088,78	786,26
Erdwissenschaften	1.992,13	1.154,00
Geographie	4.525,33	3.135,49
Mathematik	3.177,46	2.431,22
Psychologie	5.505,29	2.024,57
	<b>116.307,51</b>	<b>110.152,18</b>

<b>4. Personalaufwand</b>	<b>€ 101.876,57</b>
	<u>2012/2013 € 92.559,29</u>
<b>b. Gehälter</b>	<b>€ 57.784,58</b>
	<u>2012/2013 € 53.492,76</u>
	<u>2013/2014</u> <u>2012/2013</u>
Gehälter, Sozialaufwand	56.260,39      53.258,40
DV geringf.Angestellte ÖH	174,36      174,36
Dotierung Rückstellung nicht konsumierter Urlaub	1.349,83      60,00
	<u>57.784,58</u> <u>53.492,76</u>
<b>a. Aufwendungen für Abfertigungen und Beiträge zur MitarbeiterInnenvorsorgekasse</b>	<b>€ 3.516,15</b>
	<u>2012/2013 € 1.908,94</u>
	<u>2013/2014</u> <u>2012/2013</u>
Dot. Abfertigungsrückstellung	3.516,15      1.680,70
Mitarbeitervorsorge (MVK) Angest.	0,00      228,24
	<u>3.516,15</u> <u>1.908,94</u>
<b>c. Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge</b>	<b>€ 40.575,84</b>
	<u>2012/2013 € 37.157,59</u>
	<u>2013/2014</u> <u>2012/2013</u>
Sozialversicherung Geb.KK	29.601,32      27.583,14
Lohnabgaben	10.974,52      9.574,45
	<u>40.575,84</u> <u>37.157,59</u>
<b>5. Abschreibungen</b>	<b>€ 901,53</b>
	<u>2012/2013 € 1.729,29</u>
	<u>2013/2014</u> <u>2012/2013</u>
Planmässige AFA für Sachanlagen	901,53      1.600,29
Abschreibung G W G	0,00      129,00
	<u>901,53</u> <u>1.729,29</u>

<b>6. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>€</b>	<b>366.247,40</b>
	2012/2013 €	339.794,97
<b>b. Übrige</b>	<b>€</b>	<b>366.238,37</b>
	2012/2013 €	339.786,09
	2013/2014	2012/2013
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	90.002,15	64.572,00
Referatsentschädigungen	98.085,00	80.538,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	178.151,22	194.676,09
	366.238,37	339.786,09
<b>7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebserfolg)</b>	<b>€</b>	<b>-41.287,60</b>
	2012/2013 €	1.852,39
<b>8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>€</b>	<b>930,34</b>
	2012/2013 €	6.515,77
	2013/2014	2012/2013
Zinserträge	930,34	6.515,77
	930,34	6.515,77
<b>9. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens</b>	<b>€</b>	<b>0,00</b>
	2012/2013 €	287,78
	2013/2014	2012/2013
Buchwert ausgesch. Wertpapiere	0,00	-57.269,10
Erträge Abgang so. Finanzanl.	0,00	57.556,88
	0,00	287,78
<b>10. Zwischensumme aus Z 8 bis 9 (Finanzerfolg)</b>	<b>€</b>	<b>930,34</b>
	2012/2013 €	6.803,55
<b>11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>€</b>	<b>-40.357,26</b>
	2012/2013 €	8.655,94
<b>12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>€</b>	<b>232,62</b>

---

	2012/2013	€	1.790,84
	<u>2013/2014</u>		<u>2012/2013</u>
Kapitalertragsteuer	<u>232,62</u>		<u>1.790,84</u>
<b>13. Gebarungsabgang</b>		€	<b>-40.589,88</b>
	<u>2012/2013</u>	€	<u>6.865,10</u>



Aktiva	30.06.2014	30.06.2013	Passiva	30.06.2014	30.06.2013
<b>A. Anlagevermögen</b>			<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Reinvermögen		
1. Software	0,01	0,01	Reinvermögen 1. 7.	621.933,76	615.068,66
II. Sachanlagen			Gebarungszugang laufende Periode	0,00	6.865,10
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung			Gebarungsabgang laufende Periode	-40.589,88	0,00
Betriebsausstattung	700,38	1.601,91		<b>581.343,88</b>	<b>621.933,76</b>
	<b>700,39</b>	<b>1.601,92</b>	<b>B. Rückstellungen</b>		
<b>B. Umlaufvermögen</b>			1. Rückstellungen für Abfertigungen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			Rückstellung für Abfertigungen	21.850,85	18.334,70
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			2. Sonstige Rückstellungen		
Forderungen	70.064,01	72.297,23	Rückstellung Jahresabschlussprüfung	5.100,00	4.900,00
2. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände			Rückstellung Urlaubsansprüche	5.025,83	3.676,00
Andere sonstige Forderungen				<b>10.125,83</b>	<b>8.576,00</b>
Kautionen	300,34	300,34		<b>31.976,68</b>	<b>26.910,70</b>
Kautionen	109,01	109,01	<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
Verrechnung Mensenbons	25.718,32	23.964,53	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verrechnung Universitätsdirektion	4.008,00	23.079,00	Bank Austria 843 138 833/01	9,95	9,95
	<b>30.135,67</b>	<b>47.452,88</b>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	100.199,68	119.750,11	Verbindlichkeiten	69.201,11	54.948,15
Kassenbestand			3. Sonstige Verbindlichkeiten		
Kassa Sekretariat	28,78	28,78	Verbindlichkeiten gegenüber DienstnehmerInnen		
Kassa Finanzreferat	78,66	468,76	Verr.Kto. Löhne und Gehälter	5.146,82	14,53
	<b>107,44</b>	<b>497,54</b>	Verbindlichkeiten aus der Verrechnung von Abgaben		
Guthaben bei Kreditinstituten			So.Verbindlichkeiten Finanzamt	1.161,00	1.051,04
Bank Austria 843 138 833	154.667,07	97.551,12	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherung		
Bank Austria 843 138 833/03	66.820,64	116.739,04	Verrechnungskonto Gebietskrankenkasse	4.239,97	3.914,76
Bank Austria 843138833/10 Kulturref	18.615,16	0,00	Andere sonstige Verbindlichkeiten		
Sparbuch Hypo	47.792,64	47.688,30	Verr.Projekt Kosovo, M.Hager	18.613,25	0,00
Sparbuch neu Bank Austria	256.656,04	256.333,26		<b>29.161,04</b>	<b>4.980,33</b>
Hypo Salzburg	79.041,60	79.078,57		<b>98.372,10</b>	<b>59.938,43</b>
	<b>623.593,15</b>	<b>597.390,29</b>	<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
	<b>623.700,59</b>	<b>597.887,83</b>	Passive Rechnungsabgrenzung	<b>13.230,00</b>	<b>13.230,00</b>
	<b>723.900,27</b>	<b>717.637,94</b>			

<b>Aktiva</b>	<u>30.06.2014</u>	<u>30.06.2013</u>	<b>Passiva</b>	<u>30.06.2014</u>	<u>30.06.2013</u>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
Transitorische Posten					
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	<u>322,00</u>	<u>2.773,03</u>			
<b>Summe Aktiva</b>	<u><u>724.922,66</u></u>	<u><u>722.012,89</u></u>	<b>Summe Passiva</b>	<u><u>724.922,66</u></u>	<u><u>722.012,89</u></u>

	2013/2014	2012/2013
<b>1. Umsatzerlöse</b>		
Erlöse		
Erlöse Studienführerin	0,00	2.000,00
Erlöse Maturantenberatung BV Wien	28.475,00	0,00
Erlöse Frauenreferat	600,00	0,00
Erlöse Kopierverrechnung	0,00	150,00
Erlöse div. Kooperationsvertr.	930,00	6.000,00
Erlöse Presse	5.005,00	8.802,50
Erlöse Verrechnung Aktionen	20.000,00	20.000,00
Sonstige Erträge	3.050,00	16.811,24
HörerInnenbeiträge	459.405,41	460.773,94
Verwaltungspauschale	26.460,00	31.550,00
Erlöse div. Feste	120,00	0,00
	<b>544.045,41</b>	<b>546.087,68</b>
<b>2. Sonstige betriebliche Erträge</b>		
a) Übrige		
Centausgleich	<b>0,00</b>	<b>0,44</b>
<b>3. Aufwendungen für Fakultätsvertretungen und Studienvertretungen</b>		
a) Geisteswissenschaften		
SA Geisteswissenschaften	8.838,45	9.154,72
Doktoratstud. KGW	100,20	0,00
Doktoratstud. Nawi	22,24	0,00
Altertumswissenschaften	2.195,87	2.614,45
Alte Geschichte	0,00	14,09
Anglistik	5.393,00	3.856,62
Germanistik	2.219,55	304,40
Geschichte	3.657,89	2.207,26
Klassische Philologie	212,54	585,96
Kunstgeschichte	1.814,65	126,39
Musikwissenschaften	893,21	567,95
Pädagogik	1.959,80	1.271,42
Philosophie	2.555,60	3.139,77
Politikwissenschaft	3.663,18	3.287,63
PPP	2.478,38	2.200,58
Publizistik	3.262,95	8.400,70
Romanistik	1.611,80	504,14
Slawistik	1.175,70	990,44
Soziologie	4.709,20	2.842,49
Sportwissenschaft	4.428,81	943,63
Sprachwissenschaft	310,78	77,98
Physik	2.606,22	2.804,99
AE Geisteswissenschaften	1.870,00	1.750,00
	<b>55.980,02</b>	<b>47.645,61</b>
b) Rechtswissenschaften		
SA Juridische	8.663,45	10.442,78
Recht und Wirtschaft	7.284,54	5.204,14
Rechtswissenschaften	13.975,42	10.690,82
European Union Studies	918,79	2.725,50
Ingenieurwissenschaften	1.117,24	498,45
AE Juridische	1.650,00	1.500,00
	<b>33.609,44</b>	<b>31.061,69</b>
c) Theologie		
SA Theologie	2.626,61	6.213,71
Theologie	1.401,61	1.217,61
	<b>4.028,22</b>	<b>7.431,32</b>

	2013/2014	2012/2013
d) Naturwissenschaften		
SA Naturwissenschaften	4.029,30	7.493,31
Molekulare Biologie	1.631,78	2.668,25
Biologie	739,76	4.320,46
Computerwissenschaft	1.088,78	786,26
Erdwissenschaften	1.992,13	1.154,00
Geographie	4.525,33	3.135,49
Mathematik	3.177,46	2.431,22
Psychologie	5.505,29	2.024,57
	<u>22.689,83</u>	<u>24.013,56</u>
	<b>116.307,51</b>	<b>110.152,18</b>

#### 4. Personalaufwand

a) Aufwendungen für Abfertigungen und Beiträge zur MitarbeiterInnenvorsorgekasse		
Dot. Abfertigungsrückstellung	3.516,15	1.680,70
Mitarbeitervorsorge (MVK) Angest.	0,00	228,24
	<u>3.516,15</u>	<u>1.908,94</u>
b) Gehälter		
Gehälter, Sozialaufwand	56.260,39	53.258,40
DV geringf. Angestellte ÖH	174,36	174,36
Dotierung Rückstellung nicht konsumierter Urlaub	1.349,83	60,00
	<u>57.784,58</u>	<u>53.492,76</u>
c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge		
Sozialversicherung Geb.KK	29.601,32	27.583,14
Lohnabgaben	10.974,52	9.574,45
	<u>40.575,84</u>	<u>37.157,59</u>
	<b>101.876,57</b>	<b>92.559,29</b>

#### 5. Abschreibungen

a) Sachanlagen		
Planmäßige AFA für Sachanlagen	901,53	1.600,29
Abschreibung G W G	0,00	129,00
	<u>901,53</u>	<u>1.729,29</u>

#### 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen		
Abgaben	9,03	8,88
b) Übrige		
Betriebs- und Verwaltungsaufwand		
Inskr. Beratung FVen STR Ver	5.640,00	5.252,50
Inskr. Berat. Stud.Ref.	11.847,65	10.064,83
Studienber. /BIM	1.005,64	1.480,60
Verwaltung	23.060,97	9.955,72
Universitätsvertretungs-Reisekosten	63,48	715,93
Porto lt. Aufstellung	454,55	484,31
Telefon, Fax Universitätsvertretung	1.064,46	942,43
ÖH.Seminar f. Fortbildung	2.554,32	4.662,50
Wahlaufwand	0,00	8.580,50
Home-Page	23.516,90	1.069,88
Rechtskosten	2.140,00	681,36
Versicherungen	768,42	1.605,97

	2013/2014	2012/2013
Kontoführung	1.400,74	1.414,96
Beratungszentrum	4.094,55	4.218,89
APA Pressespiegel (BV Wien)	891,40	891,40
Aufwand StudienführerIn	6.139,07	7.470,22
Prüfungsaufwand	5.360,00	5.080,00
	<u>90.002,15</u>	<u>64.572,00</u>
<b>Referatsentschädigungen</b>		
AE Vorsitzteam	9.180,00	8.450,00
AE Wirtschaftsreferat	4.560,00	4.100,00
AE Organisationsreferat	19.320,00	14.740,00
AE Beratungszentrum	23.135,00	17.658,00
AE Sozialreferat	6.600,00	5.320,00
AE Pressereferat	10.820,00	6.795,00
AE Kulturreferat	6.360,00	4.620,00
AE Gesellschaftspolitisches Referat	7.080,00	5.620,00
AE Frauenreferat	5.440,00	4.420,00
AE Internationales Referat	3.720,00	3.520,00
AE Ref.für Lehramt	0,00	2.420,00
AE NAWI	1.870,00	1.500,00
AE Theologische	0,00	1.375,00
	<u>98.085,00</u>	<u>80.538,00</u>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		
Aktionsaufwand	2.628,43	10.415,03
Zuschuss Mensa, ÖH-Aufwand	13.876,08	4.081,17
SA Wirtschaftsreferat	1.940,45	464,44
SA Organisationsreferat	28.855,90	35.387,84
SA Bildung u. Politik	2.358,59	9.374,67
SA Sozialreferat	7.060,69	5.954,37
Heimfördertopf	331,35	830,07
BV Wien Sozialtopf UV-anteil	3.800,00	2.816,67
Sozialtopf	37.280,00	35.210,00
Sonderprojekt Subventionstopf	6.635,88	12.921,11
Sozialtopf Senat	11.549,00	8.381,57
SA Pressereferat	3.208,25	2.112,25
Aufwand Unipress	42.617,99	56.121,46
SA Kulturreferat	2.448,92	3.705,85
Politik und Gesellschaft	5.645,15	2.642,56
SA Frauenreferat	7.487,30	2.851,45
SA Internationales Referat	121,42	399,79
Helping Hands Sachaufwand	75,82	745,28
Aufwand aus Vorperioden	0,00	260,51
Mitgliedsbeitrag	230,00	0,00
	<u>178.151,22</u>	<u>194.676,09</u>
	<u>366.238,37</u>	<u>339.786,09</u>
	<b>366.247,40</b>	<b>339.794,97</b>
<b>7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebserfolg)</b>	<b>-41.287,60</b>	<b>1.852,39</b>
<b>8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>		
Zinserträge	<b>930,34</b>	<b>6.515,77</b>
<b>9. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens</b>		
Buchwert ausgesch. Wertpapiere	0,00	-57.269,10
Erträge Abgang so. Finanzanl.	0,00	57.556,88
	<u>0,00</u>	<u>287,78</u>
<b>10. Zwischensumme aus Z 8 bis 9 (Finanzerfolg)</b>	<b>930,34</b>	<b>6.803,55</b>
<b>11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-40.357,26</b>	<b>8.655,94</b>

---

	<u>2013/2014</u>	<u>2012/2013</u>
<b>12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		
Kapitalertragsteuer	232,62	1.790,84
<b>13. Gebarungsabgang</b>	<u>-40.589,88</u>	<u>6.865,10</u>

## ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013/2014

### A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Dem Jahresabschluss liegen die Rechnungslegungsbestimmungen des Unternehmensgesetzbuches in der geltenden Fassung sowie die entsprechenden Richtlinien der Kontrollkommission zugrunde.

#### 1. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Österreichischen HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg zu vermitteln, aufgestellt.

Bilanzierung, Bewertung und Ausweis der einzelnen Posten des Jahresabschlusses wurden nach den allgemeinen Bestimmungen der §§ 196 bis 211 UGB unter Berücksichtigung der Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften der §§ 222 bis 235 UGB sowie den Richtlinien für die Budgetierung und den Jahresabschluss vorgenommen. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

#### 2. Anlagevermögen

Die Bewertung der **Sachanlagen** erfolgte zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Soweit die Vermögensgegenstände abnutzbar sind, wurde dieser Wert um die der voraussichtlich wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden planmäßigen linearen Abschreibungen vermindert.

Geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden in einem betragsmäßig nicht wesentlichem Umfang im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll abgeschrieben und sind in der Entwicklung des Anlagevermögens als Zugang und Abgang ausgewiesen.

**Festwerte** gem. § 209 Abs. 1 UGB wurden nicht verwendet.

#### 3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit Nennwerten – abzüglich erforderlicher Einzelwertberichtigungen – bilanziert.

#### 4. Rückstellungen

Rückstellungen wurden nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung entsprechend § 211 UGB gebildet.

Die Rückstellung für Abfertigungen wurde nach finanzmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Pensionsantrittsalters bei Männern von 65 bzw. bei Frauen von 60 Jahren und Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 2 % gebildet.

## 5. Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgte unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht mit ihrem Rückzahlungsbetrag.

## 6. Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden nicht vorgenommen.

## B. Erläuterungen zur Bilanz

Die Erläuterung einer Position erfolgt nur dort, wo nicht schon die Kontenbezeichnung eine ausreichende Information über den Inhalt und die Zusammensetzung des Saldos liefert.

### 1. Angaben zu einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem Anlagespiegel (Anlage 4), die Berechnung der Werte des Anlagespiegels sowie die einzelnen Zu- und Abgänge sind dem Anlageverzeichnis zu entnehmen.

Den linear vorgenommenen Abschreibungen liegt eine Nutzungsdauer von 3 bis 10 Jahren zugrunde.

### 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen stellt sich wie folgt dar:

	Gesamtbetrag	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	70.064,01	70.064,01
<i>Vorjahr</i>	<i>72.297,23</i>	<i>72.297,23</i>
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	30.135,67	30.135,67
<i>Vorjahr</i>	<i>47.452,88</i>	<i>47.452,88</i>
Summe Forderungen	100.199,68	100.199,68
<i>Vorjahr</i>	<i>119.750,11</i>	<i>119.750,11</i>

Die **sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände** setzen sich wie folgt zusammen:



	Gesamtbetrag	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr
Andere sonstige Forderungen		
Kautionen	300,34	300,34
<i>Vorjahr</i>	<i>300,34</i>	<i>300,34</i>
Kautionen	109,01	109,01
<i>Vorjahr</i>	<i>109,01</i>	<i>109,01</i>
Verrechnung Mensenbons	25.718,32	25.718,32
<i>Vorjahr</i>	<i>23.964,53</i>	<i>23.964,53</i>
Verrechnung Universitätsdirektion	4.008,00	4.008,00
<i>Vorjahr</i>	<i>23.079,00</i>	<i>23.079,00</i>
	<u>30.135,67</u>	<u>30.135,67</u>
<i>Vorjahr</i>	<i>47.452,88</i>	<i>47.452,88</i>

### 3. Eigenkapital

Das Reinvermögen beträgt per 30. Juni 2014 € 581.343,88 (Vorjahr € 621.933,76)

### 4. Rückstellungen

#### a.) Abfertigungsrückstellung

Die Rückstellung für Abfertigungen wurde nach finanzmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Pensionsantrittsalters bei Männern von 65 bzw bei Frauen von 60 Jahren und Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 2 % gebildet.

**b.) Sonstige Rückstellungen**

Die sonstigen Rückstellungen bestehen aus folgenden Positionen:

	Stand 01.07.2013	Verwendung	Zuweisung	Stand 30.06.2014
Sonstige Rückstellungen				
Rückstellung				
Jahresabschlussprüfung	4.900,00	4.900,00	5.100,00	5.100,00
Rückstellung Urlaubsansprüche	3.676,00	0,00	1.349,83	5.025,83
	8.576,00	4.900,00	6.449,83	10.125,83

**5. Verbindlichkeiten**

	Gesamtbetrag	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9,95	9,95
<i>Vorjahr</i>	9,95	9,95
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	69.201,11	69.201,11
<i>Vorjahr</i>	54.948,15	54.948,15
Sonstige Verbindlichkeiten	29.161,04	29.161,04
<i>Vorjahr</i>	4.980,33	4.980,33
Summe Verbindlichkeiten	98.372,10	98.372,10
<i>Vorjahr</i>	59.938,43	59.938,43

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich folgendermaßen zusammen:

	Gesamtbetrag	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr
Sonstige Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber DienstnehmerInnen	5.146,82	5.146,82
<i>Vorjahr</i>	14,53	14,53
Verbindlichkeiten aus der Verrechnung von Abgaben	1.161,00	1.161,00
<i>Vorjahr</i>	1.051,04	1.051,04
Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherung	4.239,97	4.239,97
<i>Vorjahr</i>	3.914,76	3.914,76
Andere sonstige Verbindlichkeiten	18.613,25	18.613,25
<i>Vorjahr</i>	0,00	0,00
	29.161,04	29.161,04
<i>Vorjahr</i>	4.980,33	4.980,33

**6. Rechnungsabgrenzungen**

Die passiven Rechnungsabgrenzungen werden mit € 13.230,00 (Vorjahr € 13.230,00) ausgewiesen und umfassen alle Erträge, die erst im kommenden Jahr in einer periodenreinen Gewinnermittlung ertragswirksam verrechnet werden.

## C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die kontenmäßige Gliederung ist derart tief, dass eine gesonderte Erläuterung der einzelnen Positionen entbehrlich erscheint.

## D. Sonstige Angaben

### 1. Angaben zur Vermittlung eines besseren Einblicks in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang geben entsprechend den gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich die wirtschaftliche Lage zutreffend wieder.

### 2. Entwicklung des Personalstandes

Durchschnittlich waren im Geschäftsjahr 2013/2014 beschäftigt:

Arbeiter	0
<u>Angestellte</u>	<u>3</u>
Gesamt	3

### 3. Aufwendungen für Abschlussprüfungen und ähnliche Leistungen

Die Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2012/2013 betragen € 4.980,--.

### 4. Erklärung des Wirtschaftsreferates

Das Wirtschaftsreferat versichert, dass im Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände, Rückstellungen, Verbindlichkeiten, Rechnungsbgrenzungsposten und sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, und alle zur Erstellung der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang erforderlichen Angaben gemacht worden sind.

Salzburg, im April 2015

---

HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg

	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand 30.06.2014	Stand 01.07.2013	Entwicklung der Abschreibungen			Stand 30.06.2014	Buchwerte	
	Stand 01.07.2013	Zugang	Umbuchung	Abgang			Zugang	Abgang	Zuschreibung		Stand 30.06.2013	Stand 30.06.2014
A. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Software	2.522,45	0,00	0,00	0,00	2.522,45	2.522,44	0,00	0,00	0,00	2.522,44	0,01	0,01
II. Sachanlagen												
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung												
Betriebsausstattung	18.847,21	0,00	0,00	0,00	18.847,21	17.245,30	901,53	0,00	0,00	18.146,83	1.601,91	700,38
	18.847,21	0,00	0,00	0,00	18.847,21	17.245,30	901,53	0,00	0,00	18.146,83	1.601,91	700,38
<b>SUMME ANLAGENSPIEGEL</b>	<b>21.369,66</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>21.369,66</b>	<b>19.767,74</b>	<b>901,53</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>20.669,27</b>	<b>1.601,92</b>	<b>700,39</b>

## Allgemeine Auftragsbedingungen für Abschlussprüfungen (AAB AP 2011)

Auszug aus den vom Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit Beschluss vom 8.3.2000 zur Anwendung empfohlenen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänderberufe, umfassende Teile der Präambel und die Punkte 1 bis 16 des I. Teiles. Adaptiert vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen am 23.5.2002, am 21.10.2004, am 18.12.2006, am 31.8.2007, am 26.2.2008, am 30.06.2009, am 22.3.2010 sowie am 21.02.2011.

### Präambel und Allgemeines

- (1) Wird nicht abgedruckt.
- (2) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt, dass, falls einzelne Bestimmungen unwirksam sein sollten, dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.
- (3) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt weiters, dass der zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufes Berechtigte verpflichtet ist, bei der Erfüllung der vereinbarten Leistung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung vorzugehen. Er ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages hierfür geeigneter Mitarbeiter zu bedienen.
- (4) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt schließlich, dass ausländisches Recht vom Berufsberechtigten nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen ist.
- (5) Die in der Kanzlei des Berufsberechtigten erstellten Arbeiten können nach Wahl des Berufsberechtigten entweder mit oder ohne elektronische Datenverarbeitung erstellt werden. Für den Fall des Einsatzes von elektronischer Datenverarbeitung ist der Auftraggeber, nicht der Berufsberechtigte, verpflichtet, die nach den DSGVO notwendigen Registrierungen oder Verständigungen vorzunehmen.
- (6) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Mitarbeiter des Berufsberechtigten während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Berufsberechtigten verpflichtet.

### I. TEIL

#### 1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Verträge über (gesetzliche und freiwillige) Prüfungen mit und ohne Bestätigungsvermerk, Gutachten, gerichtliche Sachverständigentätigkeit, Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, Steuerberatungstätigkeit und über andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten mit Ausnahme der Führung der Bücher, der Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung.
- (2) Die Auftragsbedingungen gelten, wenn ihre Anwendung ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart ist. Darüber hinaus sind sie mangels anderer Vereinbarung Auslegungsbefehl.
- (3) Punkt 8 gilt auch gegenüber Dritten, die vom Beauftragten zur Erfüllung des Auftrages im Einzelfall herangezogen werden.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrages

- (1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.
- (2) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen schriftlichen als auch mündlichen Äußerung, so ist der Berufsberechtigte nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen. Dies gilt auch für abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(3) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

#### 3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Berufsberechtigten bekannt werden.
- (2) Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen. Dies Vollständigkeitserklärung kann auf den berufsüblichen Formularen abgegeben werden.
- (3) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit keinerlei Ersatzpflichten.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Berufsberechtigten gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

**(2) Der Auftraggeber stimmt zu, dass seine persönlichen Daten, nämlich sein Name sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Berufsberechtigten und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen iSd §§ 271 ff UGB im Informationsverbund (Netzwerk), dem der Berufsberechtigte angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder des Informationsverbundes (Netzwerkes) auch ins Ausland übermittelt werden (eine Liste aller Übermittlungsempfänger wird dem Auftraggeber auf dessen Wunsch vom beauftragten Berufsberechtigten zugesandt). Hierfür entbindet der Auftraggeber den Berufsberechtigten nach dem Datenschutzgesetz und gem § 91 Abs 4 Z 2 WTBG ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber nimmt in diesem Zusammenhang des Weiteren zur Kenntnis, dass in Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, ein niedrigeres Datenschutzniveau als in der EU herrschen kann. Der Auftraggeber kann diese Zustimmung jederzeit schriftlich an den Berufsberechtigten widerrufen.**

#### 5. Berichterstattung

- (1) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.
- (2) Gibt der Berufsberechtigte über die Ergebnisse seiner Tätigkeit eine schriftliche Äußerung ab, so haftet er für mündliche Erklärungen über diese Ergebnisse nicht. Für schriftlich nicht bestätigte Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern haftet der Berufsberechtigte nicht.
- (3) Alle Auskünfte und Stellungnahmen vom Berufsberechtigten und seinen Mitarbeitern sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen oder schriftlich bestätigt werden. Als schriftliche Stellungnahmen gelten nur solche, bei denen eine firmenmäßige Unterfertigung erfolgt. Als schriftliche Stellungnahmen gelten keinesfalls Auskünfte auf elektronischem Wege, insbesondere auch nicht per E-Mail.

(4) Bei elektronischer Übermittlung von Informationen und Daten können Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen werden. Der Berufsberechtigte und seine Mitarbeiter haften nicht für Schäden, die durch die elektronische Übermittlung verursacht werden. Die elektronische Übermittlung erfolgt ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers. Dem Auftraggeber ist es bewusst, dass bei Benutzung des Internet die Geheimhaltung nicht gesichert ist. Weiters sind Änderungen oder Ergänzungen zu Dokumenten, die übersandt werden, nur mit ausdrücklicher Zustimmung zulässig.

(5) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Berufsberechtigten und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung von automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen elektronischen Kommunikationsmittel – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Berufsberechtigten nur dann als zugegangen, wenn sie auch schriftlich zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Berufsberechtigten gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(6) Der Auftraggeber stimmt zu, dass er vom Berufsberechtigten wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch übermittelt bekommt. Es handelt sich dabei nicht um unerbetene Nachrichten gemäß § 107 TKG.

#### 6. Schutz des geistigen Eigentums des Berufsberechtigten

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Berufsberechtigten erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen des Berufsberechtigten an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten.

(2) Die Verwendung beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen des Berufsberechtigten zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Berufsberechtigten zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Berufsberechtigten verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten vorbehalten.

#### 7. Mängelbeseitigung

(1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner beruflichen schriftlicher als auch mündlicher Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hievon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Berufsberechtigten bzw. – falls eine schriftliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Berufsberechtigten.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 8.

#### 8. Haftung

(1) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz (WTBG) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(4) Gilt für Tätigkeiten § 275 UGB kraft zwingenden Rechtes, so gelten die Haftungsnormen des § 275 UGB insoweit sie zwingenden Rechtes sind und zwar auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtete Handlungen begangen worden sind, und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(5) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(6) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt und der Auftraggeber hievon benachrichtigt, so gelten nach Gesetz und den Bedingungen des Dritten entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Berufsberechtigte haftet nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(7) Eine Haftung des Berufsberechtigten einem Dritten gegenüber wird bei Weitergabe beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen durch den Auftraggeber ohne Zustimmung oder Kenntnis des Berufsberechtigten nicht begründet.

(8) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht nur im Verhältnis zum Auftraggeber, sondern auch gegenüber Dritten, soweit ihnen der Berufsberechtigte ausnahmsweise doch für seine Tätigkeit haften sollte. Ein Dritter kann jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrer Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt.

#### 9. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Berufsberechtigte ist gemäß § 91 WTBG verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Der Berufsberechtigte darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hiezu besteht.

(3) Der Berufsberechtigte ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrages zu verarbeiten oder durch Dritte gemäß Punkt 8 Abs 6 verarbeiten zu lassen. Der Berufsberechtigte gewährleistet gemäß § 15 Datenschutzgesetz die Verpflichtung zur Wahrung des Datengeheimnisses. Dem Berufsberechtigten überlassenes Material (Datenträger, Daten, Kontrollzahlen, Analysen und Programme) sowie alle Ergebnisse aus der Durchführung der Arbeiten werden grundsätzlich dem Auftraggeber gemäß § 11 Datenschutzgesetz zurückgegeben, es sei denn, dass ein schriftlicher Auftrag seitens des Auftraggebers vorliegt, Material bzw. Ergebnis an Dritte weiterzugeben. Der Berufsberechtigte verpflichtet sich, Vorsorge zu treffen, dass der Auftraggeber seiner Auskunftspflicht laut § 26 Datenschutzgesetz nachkommen kann. Die dazu notwendigen Aufträge des Auftraggebers sind schriftlich an den Berufsberechtigten weiterzugeben. Sofern für solche Auskunftsarbeiten kein Honorar vereinbart wurde, ist nach tatsächlichem Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Der Verpflichtung zur Information der Betroffenen bzw. Registrierung im Datenverarbeitungsregister hat der Auftraggeber nachzukommen, sofern nichts Anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

#### 10. Kündigung

(1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 12.

(2) Ein – im Zweifel stets anzunehmender – Dauerauftrag (auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes (vergleiche § 88 Abs 4 WTBG) nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(3) Bei einem gekündigten Dauerauftragsverhältnis zählen - außer in Fällen des Abs 5 - nur jene einzelnen Werke zum verbleibenden Auftragsstand, deren vollständige oder überwiegende Ausführung innerhalb der Kündigungsfrist möglich ist, wobei Jahresabschlüsse und Jahressteuererklärungen innerhalb von 2 Monaten nach Bilanzstichtag als überwiegend ausführbar anzusehen sind. Diesfalls sind sie auch tatsächlich innerhalb berufüblicher Frist fertig zu stellen, sofern sämtliche

erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund iSd § 88 Abs 4 WTBG vorliegt.

(4) Im Falle der Kündigung gemäß Abs 2 ist dem Auftraggeber innerhalb Monatsfrist schriftlich bekannt zu geben, welche Werke im Zeitpunkt der Kündigung des Auftragsverhältnisses noch zum fertig zu stellenden Auftragsstand zählen.

(5) Unterbleibt die Bekanntgabe von noch auszuführenden Werken innerhalb dieser Frist, so gilt der Dauerauftrag mit Fertigstellung der zum Zeitpunkt des Einlangens der Kündigungserklärung begonnenen Werke als beendet.

(6) Wären bei einem Dauerauftragsverhältnis im Sinne der Abs 2 und 3 - gleichgültig aus welchem Grunde - mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die darüber hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Mitteilung gemäß Abs 4 gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

#### 11. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Berufsberechtigten angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Berufsberechtigte zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 12. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Berufsberechtigten auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Berufsberechtigte von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

#### 12. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Kündigung), so gebührt dem Berufsberechtigten gleichwohl das vereinbarte Entgelt, wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Bestellers liegen, daran verhindert worden ist (§ 1168 ABGB); der Berufsberechtigte braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Berufsberechtigte auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Abs 1.

(3) Kündigt der Berufsberechtigte ohne wichtigen Grund zur Unzeit, so hat er dem Auftraggeber den daraus entstandenen Schaden nach Maßgabe des Punktes 8 zu ersetzen.

(4) Ist der Auftraggeber – auf die Rechtslage hingewiesen – damit einverstanden, dass sein bisheriger Vertreter den Auftrag ordnungsgemäß zu Ende führt, so ist der Auftrag auch auszuführen.

#### 13. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung.

(2) Das gute Einvernehmen zwischen den zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten und ihren Auftraggebern wird vor allem durch möglichst klare Entgeltvereinbarungen bewirkt.

(3) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine viertel Stunde.

(4) Auch die Wegzeit wird üblicherweise im notwendigen Umfang verrechnet.

(5) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Berufsberechtigten notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(6) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder besondere Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so sind Nachverhandlungen

mit dem Ziel, ein angemessenes Entgelt nachträglich zu vereinbaren, üblich. Dies ist auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren üblich.

(7) Die Berufsberechtigten verrechnen die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich.

(8) Zu den Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse, gegebenenfalls Schlafwagen), Diäten, Kilometergeld, Fotokopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(9) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien zu den Nebenkosten.

(10) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(11) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Berufsberechtigten übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(12) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmensgeschäften gelten Verzugszinsen in der Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz als vereinbart (siehe § 352 UGB).

(13) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(14) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Berufsberechtigten Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(15) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

#### 14. Sonstiges

(1) Der Berufsberechtigte hat neben der angemessenen Gebührenoder Honorarforderung Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen. Er kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte)-Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Er kann auch die Auslieferung des Leistungsergebnisses von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Berufsberechtigte nur bei krass grober Fahrlässigkeit bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung. Bei Dauerverträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(2) Nach Übergabe sämtlicher vom WT erstellten aufbewahrungspflichtigen Daten an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhandhändler ist der Berufsberechtigte berechtigt, die Daten zu löschen.

(3) Eine Beanstandung der Arbeiten des Berufsberechtigten berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur Zurückhaltung der ihm nach Abs 1 zustehenden Vergütungen.

(4) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Berufsberechtigten auf Vergütungen nach Abs 1 ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

(5) Der Berufsberechtigte hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Berufsberechtigten und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach der Geldwäscherichtlinie unterliegen. Der Berufsberechtigte kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Der Auftraggeber hat hierfür die Kosten insoweit zu tragen als diese Abschriften oder Fotokopien zum nachträglichen Nachweis der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufsberechtigten erforderlich sein könnten.

(6) Der Auftragnehmer ist berechtigt, im Falle der Auftragsbeendigung für weiterführende Fragen nach Auftragsbeendigung und die Gewährung des Zugangs zu den relevanten Informationen über das geprüfte Unternehmen ein angemessenes Entgelt zu verrechnen.

(7) Der Auftraggeber hat die dem Berufsberechtigten übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Berufsberechtigte nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder Depotgebühren in Rechnung stellen.

(8) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Berufsberechtigten rechnen musste.

(9) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Berufsberechtigte berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

#### 15. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur österreichisches Recht.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Berufsberechtigten.

(3) Für Streitigkeiten ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig.

#### 16. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungen

(1) Bei Abschlussprüfungen, die mit dem Ziel der Erteilung eines förmlichen Bestätigungsvermerkes durchgeführt werden (wie z.B. §§ 268ff UGB) erstreckt sich der Auftrag, soweit nicht anderweitige schriftliche Vereinbarungen getroffen worden sind, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Devisenrechts, eingehalten sind. Die Abschlussprüfung erstreckt sich auch nicht auf die Prüfung der Führung der Geschäfte hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Im Rahmen der Abschlussprüfung besteht auch keine Verpflichtung zur Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten.

(2) Bei Abschlussprüfungen ist der Jahresabschluss, wenn ihm der uneingeschränkte oder eingeschränkte Bestätigungsvermerk beigesetzt werden kann, mit jenem Bestätigungsvermerk zu versehen, der der betreffenden Unternehmensform entspricht.

(3) Wird ein Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk des Prüfers veröffentlicht, so darf dies nur in der vom Prüfer bestätigten oder in einer von ihm ausdrücklich zugelassenen anderen Form erfolgen.

(4) Widerruft der Prüfer den Bestätigungsvermerk, so darf dieser nicht weiterverwendet werden. Wurde der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk veröffentlicht, so ist auch der Widerruf zu veröffentlichen.

(5) Für sonstige gesetzliche und freiwillige Abschlussprüfungen sowie für andere Prüfungen gelten die obigen Grundsätze sinngemäß.